

Bezugspreis: Vierteljahr 4,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. ... Einzelne Nummern 10 Pfennig.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 23. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kondensierkategorie ... hat festgedruckte Wort 20 Bsp. ...

Slawische Ansprüche in Sachsen.

Die Wendenbewegung in Sachsen. Neue Gefahren für die Reichseinheit.

Die slawische Bewegung bedroht den Bestand des Deutschen Reiches in zunehmendem Maße. Schon seit geraumer Zeit wird von Böhmen herüber die tschechische Agitation unter die slawischen Wenden im östlichen Sachsen getragen...

Trotz verschiedener Dementis der Beteiligten gehen die Sonderbestrebungen der Wenden der sächsischen Lausitz immer weiter. Landtagsabgeordneter Barth fordert nunmehr auf Versammlungen unter den Wenden die Entsendung eines eigenen Vertreters zu den Friedensverhandlungen.

Wilson für die unbedingte Freiheit der Meere.

Genf, 23. Dezember. (L.U.) Pressevertretern gegenüber erklärte Wilson, der Versailler Kongress müsse alles tun, damit künftige Kriege unmöglich sind. Die Ideale des Völkervertrages sollen allen Völkern gleichmäßig zugute kommen.

Kritische Lage der ungarischen Regierung.

Budapest, 23. Dezember. (L.U.) Die Lage der ungarischen Regierung ist überaus kritisch geworden, da unter den Mitgliedern des Kabinetts keine volle Übereinstimmung in allen Fragen besteht und die Entente dem Kabinetts, welches sie für allzu extrem hält, offensichtlich mit Abneigung begegnet.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Wahlfreiheit für die Nationalversammlung. Fische für Deutschland.

Gesandter von Daniel übergab am 21. Dezember in Spa folgende beiden Noten:

1. Unter nochmaligem Hinweis auf die außerordentlich politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung bitte ich um Aufträge der deutschen Regierung, daß in die Vorbereitung und Vornahme der Wahlen, insbesondere also auch in die Presse- und Versammlungsfreiheit, keine Eingriffe getan werden; sowie, daß gestattet wird, daß die erforderliche Berichterstattung der Verwaltungsbehörden über die Wahlvorbereitungen und Vornahme der Wahlen ungehindert geschehen kann.

2. Die deutschen Dampfer Robina, Gertha, Hermia, Debbema, Celia und Dolpo, die sich in Delsingör oder auf dem Wege dorthin befinden, sich mit norwegischen gemäß dem amerikanischen Abkommen zur Ausfuhr freigegebenen Fischprodukten beladen. Des Weiteren befinden sich einige deutsche Dampfer in deutschen Häfen, die mit Rohmaterialien für Norwegen beladen sind.

Im Interesse der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wird gebeten, dieses norwegische Ansuchen zu unterstützen.

Paris, 22. Dezember. (Havas.) Eine französische Marineabteilung ist nach der Ostsee abgegangen, um die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen und die Zurückbefreiung der Gefangenen zu überwachen.

Differenzen zwischen Clemenceau und Lloyd George.

Basel, 23. Dezember. Der Vertreter der „Telegraphen-Anstalt“ erzählt von zuverlässiger Seite, daß zwischen Clemenceau und Lloyd George schwere Differenzen ausgebrochen sind.

Abschnürung Deutschlands auch vom Süden? Eine Schranke gegen Deutschland.

Die Franzosen sind, wie es scheint, ernst am Werke, zu verhindern, daß Deutschösterreich sich an Deutschland anschließt, und daß dadurch Deutschland ohne größeren Gebietsverlust aus dem Kriege hervorgeht. Man hat versucht, in Wien und in den Hauptstädten den anderen Völkern des früheren Donauraums für eine Bollunion der neuen Staaten auf Oesterreichs Boden Stimmung zu machen.

Prag, 22. Dezember. Aus politischen Kreisen, die mit dem Präsidenten Masaryk intime Fühlung haben, wird erklärt, daß der neue Leiter des tschechischen Staates hinsichtlich der künftigen Gestaltung Mitteleuropas Pläne hat, die erheblich von der augenblicklich durch die tschechische Regierung vertretenen Politik abweichen.

Bern, 22. Dezember. Die rechtsstehende französische Presse verlangt, daß Deutschland die Friedensbedingungen diktiert werden. Als Sicherung gegen Deutschland und die Bolschewik, die Feinde der Zivilisation, wird ein franko-belgisch-englisches Bündnis gefordert.

Eine Bolschewikregierung in Litauen.

Wie das „Neue Wiener Journal“ erzählt, hat sich in Litauen eine bolschewistische Regierung unter dem Vorh. Stutschlas gebildet. Sie hat die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden verfügt und erklärt, daß Litauen unter den revolutionären Befehlen der Sowjetregierung stehe.

Arbeitslosenunterstützung - Arbeitspflicht.

Daß das Problem der Arbeitslosenversicherung mit der Festlegung einer gewissen Arbeitspflicht eng zusammenhängt, darüber herrscht unter den Kennern dieses Gebietes Übereinstimmung. Die jetzt eingeführte Erwerbslosenunterstützung findet eine gewaltige Arbeitslosigkeit vor.

Die Ursachen unserer Niederlagen. Politische und militärische Unfähigkeit.

Als der preussische Militarismus so leichtfertig den Weltkrieg entfesselte, konnte sein blutiges Abenteuer nur durch den Erfolg gerechtfertigt werden. Und in der Tat glaubten die maßgebenden Generale an einen Sieg und sogar an einen raschen Sieg. Man hätte meinen sollen, daß sie wenigstens alles getan hätten, diesen Sieg vorzubereiten, soviel Trümmer wie nur möglich in ihre Hand zu bringen.

Die Unzulänglichkeit der militärischen Kräfte Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gegenüber der strategischen Aufgabe, die sie sich selbst gestellt hatten, bewies die Unfähigkeit ihrer Heeresleitungen und Heeresverwaltungen und waren die Ursache der endlosen Verlängerung des Krieges.

Was hatte Oesterreich-Ungarn getan, um sich für den entscheidenden Kampf mit Rußland zu rüsten, den es doch gewillt war, bei erster Gelegenheit durchzuführen? Wie alle anderen Militärführer hatte es zwar in den Jahren 1912 und 1913 an die Verstärkung seiner Wehrmacht gedacht, aber erst im Jahre 1918 sollte sie vollendet sein und hätte auch keine Friedensstärke erst auf 476.000 Mann gebracht.

Aber was hatte Deutschland seinerseits getan, um seinem Kriegsplan eine Wahrscheinlichkeit der Durchführung zu sichern? Bei weitem zu wenig, bei weitem weniger als ihm möglich gewesen wäre, wenn es an eine Verbilligung seiner Wehrkraft und an eine Verringerung der durch sie dem einzelnen erwachsenden sozialen Lasten rechtzeitig gedacht, wenn es neue Wege der Wehrhaftmachung der gesamten Volkskraft einzuschlagen gewagt hätte.

Tatsächlich hatte Deutschland unter den zwölf stärksten Jahrgängen seiner wehrfähigen Mannschaft nur 3,2 Millionen Unausgebildete, dagegen 2,28 Millionen Unausgebildete, die fähig waren, die Waffen zu tragen und zum größten Teile später aufgerufen worden sind. Wenn auch nur eine Million von ihnen zu Beginn des Kriegs, der doch über den Ausgang entscheiden sollte, eingesetzt worden wären, es hätte keinen Rückschlag an der Marne, wahrscheinlich auch keine Ueberlastung Ostpreußens gegeben.



Werde, was die Schwächlichkeit der Staatskunst gefährdet, dann müßten sie sich mit aller Gewalt gegen die Herbeiführung des Krieges in jenem Augenblicke stemmen, selbst wenn sie an sich entschlossen waren, den Kampf gegen Frankreich und Rußland aufzunehmen. Sie hätten sogar eine diplomatische Niederlage auf sich nehmen müssen, die beiläufig nicht einmal in Aussicht stand.

Denn ebenso wie die österreichisch-ungarischen Seeres-gelege erst im Jahre 1918 durchgeführt sein sollten, konnten die deutschen von 1912 und 1913 erst in einer Reihe von Jahren ihre volle Wirkung tun. Dagegen war Frankreich zu einem Höhepunkt seiner Leistung gelangt, über den es nicht mehr hinausgehen konnte; ob es ihn überhaupt eine längere Reihe von Jahren aufrechterhalten würde, war recht zweifelhaft. Denn der Widerstand gegen die dreijährige Dienstzeit war lebhaft und weitverbreitet. Nehtliches galt übrigens von Rußland; aus finanziellen Gründen war eine weitere Steigerung seiner militärischen Kraft ganz unvorstellbar. Die Bereitschaft seiner Massen, ihre Versammlung an der Grenze konnte uns zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr überraschen und schädigen, als im August 1914 tatsächlich geschah. Ihr arbeiteten wir am sichersten entgegen, wenn wir uns zu dem weit leichteren und erfolgversprechenderen Angriff im Osten, zur Verteidigung im Westen entschlossen.

Im Augenblick, als der Krieg ausbrach und wir uns so fiesgedenkt auf die Franzosen stürzten, war die tatsächliche Lage nun derart, daß Frankreich mit seiner Einwohnerzahl von kaum vierzig Millionen Seelen fünf Heere von insgesamt 51 Linien- und 14 Reserve divisionen (ohne die Reiter divisionen) an der Ostgrenze aufmarschieren ließ, während unsere sieben Angriffsheere nicht mehr als 68 Divisionen (23 Linien- und 11 Reservearmeeformationen) zählten. Zu den Franzosen aber stieß rechtzeitig die englische Heer von 4 starken Divisionen, während wir noch den Widerstand des 6 Divisionen umfassenden belgischen Heeres brechen mußten. Wir haben also schon zu Beginn des Krieges keine Zahlenüberlegenheit über den Gegner gehabt; wenn nicht die ursprüngliche Verteilung des französischen Heeres eine ungünstige, die Führung anfangs eine unsichere und zaghafte gewesen wäre, wenn nicht die Belgier schließlich verstanden, die Engländer für den Feldkrieg untüchtig gewesen wären, so wären nicht einmal die Anfangserfolge errungen worden, die große Umlfassungsbewegung wäre schon in ihrem Beginn stecken geblieben, anstatt erst auf ihrem Gipfelpunkt. Wir führten allerdings noch eine Anzahl von Landwehrbrigaden mit uns, aber sie waren als Etappen-, Belagerungs- und Besatzungstruppen bestimmt. In die Feldschlacht ist meines Wissens nur eine einzige verwickelt worden, während der Kämpfe der Armee Klud gegen die Armee Maunoury nordöstlich Paris. Die entscheidende Wichtigkeit der Rüste hatte man so wenig erkannt, daß wir diese Truppen weiter Linie nicht sofort dorthin und zur Einschließung von Calais warfen, obwohl doch die Armee Klud schon auf ihrem Vormarsch von der Sambre gegen Paris in ihrer rechten Flanke beunruhigt wurde.

Nun aber kam es so, daß die Franzosen nach ihren ersten Misserfolgen beträchtliche Unterstüßungen von ihrem rechten Flügel, von der italienischen Grenze, aus Afrika und aus England heranziehen konnten, während unser Angriffsheer beträchtlich geschwächt war, wie ich dies an anderer Stelle ausgeführt habe.

Ein „Renn“ von noch nie gewesener Grobhartigkeit, von gesamtmittlerer Wirkung hatte der deutsche Generalstab angestrebt; alles was der große Wolke im Jahre 1870 erreicht, wollte der Masse mit dem Glanze seiner Siege überstrahlen. Nach außen hin sollte alles Verdienst natürlich auf die Person Wilhelm II. fallen, der doch, überall oberflächlicher Dilettant, weder Staatsmann noch Feldherr war. Aber dem glänzenden Man, den ein Größerer unter anderen Verhältnissen erdacht, fehlte die zum Gelingen erforderliche Macht der materiellen Unterlegen; die Fundamente waren schwach, während der Gedanke sich in leichtsinnigem Narzissluge der Sonnenhöhe näherte. Den Epigonen fehlte das Augenmaß für die Schwächen des Feldzugsplanes.

In seinem Mißlingen lag schließlich das Scheitern des gesamten Krieges im Reime bereits verborgen, wenn auch erst eine große Reihe weiterer Fehler, Mißgriffe und Unterlassungen politischer wie militärischer Art den gegenwärtigen fäglichen Ausgang herbeigeführt haben.

Aber die Unfähigkeit der deutschen Leitung, ihr Mangel an eigenen ursprünglichen Gedanken war damals bereits zutage getreten. Von ihr konnte man nur Schlimmes erwarten.

### Die Unabhängigen im Wahlkampf.

**Berliner Vorschlagsliste. — Spartakus gegen Barth.**  
Die unabhängigen Organisationsleiter der Provinz Brandenburg hielten, wie die „Freiheit“ meldet, gestern eine Konferenz ab, um zum Wahlkampf Stellung zu nehmen. Dr. H. Niederbarnim referierte über die Aufgaben im Wahlkampf. Nach längerer Diskussion wurde beschloffen, mit selbständigen Listen in den Wahlkampf zu gehen und eine Verbindung der Listen der sozialdemokratischen Parteien zu empfehlen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Dr. H. Niederbarnim, Stadtpöbel, Dom, Dreißcheld-Berlin, Wisse-Dichtenberg, Fel. Schuler-Freienmaße, Ohn-Weiten, Käster-Karlshorst, Behnke-Reinholdsdorf, Dußl-Slaaken und Weinberg-Berlin.

Laut „Rote Fahne“ haben die revolutionären Objekte der Großbetriebe Berlins einstimmig beschlossen, für Ende Dezember einen Parteitag der U. S. P. D. zu fordern. Sie verlangen Austritt der Unabhängigen aus dem Kabinett und „Führung des Wahlkampfes in antiparlamentarischem Sinne“. Ferner wurde folgendes beschlossen: „Die revolutionären Objekte und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins verurteilen aus schärfste die Politik und das persönliche Verhalten des Genossen Barth nach seinem Eintritt in die Regierung. Sie entziehen ihm deshalb jedes weitere Vertrauen.“

### Alle Macht den „Mameluden“!

**Reichskonferenz des Spartakusbundes.**

Der Spartakusbund hält am 30. Dezember eine Reichskonferenz ab mit folgender Tagesordnung:

1. Die Krise in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.
2. Programm des Spartakusbundes.
3. Nationalversammlung.
4. Internationale Konferenz.

Die „Rote Fahne“ schimpft auch heute wieder wie schon gestern die Arbeiter- und Soldatenräte, weil sie nicht nach der Spartakuspfeife tanzen wollen, Mameluden Ebert-Scheidemanns, und schreibt dann:

Aber schon die Wahlen selbst, und die Aktion der revolutionären Vertreter der Masse drinnen und außen der Sache der Revolution dienen. Alle Schliche und Anstiche der werten Versammlung rücksichtslos und laut denutzieren, ihr gegenrevolutionäres Werk auf Schritt und Tritt vor der Masse entlarven, die Massen zur Entscheidung, zur Einmischung anrufen, — dies ist die Aufgabe der Beteiligung an der Nationalversammlung.

Ein Sturm der Massen an die Tore der Nationalversammlung, die geballte Faust des revolutionären Proletariats, die sich mitten in der Versammlung erhebt, und die Fahne schwenkt, auf der die europäischen Leitern leuchten: Alle Macht den U. S. P. D. — Das ist unsere Beteiligung an der Nationalversammlung.

Wenn die Arbeiter- und Soldatenräte „Mameluden von Ebert und Scheidemann“ sind, was die Mitglieder der Nationalversammlung hoffentlich gleichfalls sein werden, so ist es doch gehaupt wie gebrungen, ob die Nationalversammlung oder der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte regiert. Im übrigen scheint es die Absicht der Spartakisten zu sein, sich an den Wahlen zu beteiligen, dann aber draußen recht kräftig Kadav zu machen. Ein recht insonsequentes Verhalten. Denn der Sturm der Massen auf die Nationalversammlung erfolgt doch am besten schon vor ihrem Zusammentritt durch die Macht des Stimmgittels, und diesen Sturm gedenkt die Sozialdemokratie zu organisieren. Hat aber das Volk einmal gesprochen, so hilft aller Värm vor den Toren nichts mehr.

### Aus Adolf Hoffmanns Reich.

**Der Fall Garndt.**

Wie wir hören, haben die Beamten der kirchenpolitischen Abteilung des Kultusministeriums dem preußischen politischen Kabinett einen förmlichen ausführlich begründeten Protest gegen die Amtsführung Adolf Hoffmanns überreicht. Dem Presseschef Adolf

Hoffmanns, Herrn Garndt, der im Nebenberuf bekanntlich Friedhofsverwalter der Freireligiösen Gemeinde ist, hat mit ausdrücklicher Zustimmung aller übrigen im Kriegsministerium tätigen Sozialisten sowohl der Reichspartei sowie auch der Unabhängigen der Minister Heinisch jede weitere selbständige Tätigkeit untersagt. Herr Garndt ist u. a. der Urheber des famosen „amtlichen“ Wolff-Telegramms, das mit der „geradlinigen Ausbreitung der Kulturinteressen“ durch Wolff Hoffmann berichtet. Herr Garndt hat es für angemessen gehalten, dies Telegramm ebenso wie allerlei frühere Verlautbarungen in die Öffentlichkeit zu bringen, ohne vorher die Zustimmung des jetzt allein im Amt tätigen Ministers eingeholen.

### Verunglückte Listenaufstellung der Deutsch-Demokraten.

**Dernburg Nr. 1.**

Eine Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittler — jetzt Deutsch-Demokraten — von Leitow-Beeskow wollte am Sonntag die Kandidatenliste für die Nationalversammlung aufstellen. Infolge endloser Geschäftsordnungsdebatten und Streitereien mißglückte dieser Versuch aber ziemlich. Das „Berliner Tageblatt“ hat somit so wieder schänken konnte, wenn ein Kongress von Soldatenräten nicht sofort wie ein geschulieses Parlament verhandelte, muß jetzt festzu- gehen zugestehen, daß die Organisation dieses bürgerlichen Delegiertentages „landais unzulänglich“ gewesen ist.

Nach langen Debatten einigte man sich schließlich, von drei vorgeschlagenen Kandidaten Dr. Dernburg, Oberbürgermeister Dominicus und Chefredakteur Ruskke, den Erstgenannten an die Spitze der Liste zu setzen. Dann ging es den waderen Fortschrittler wie Goethes Faust: „Hier hoch ich schon, wer hilft mir fort?“ Da ihnen aber niemand half, und schließlich das Lokal geräumt werden mußte, so blieb es schließlich bei dem theoretischen Beschlusse, noch einen Mann und eine Frau auf die nächsten Plätze zu setzen. Wer — das bedarf noch weiterer Erörterungen.

### Landtagswahlen in Braunschweig.

**Sozialdemokratischer Wahlerfolg.**

Im Herzogtum Braunschweig fanden am Sonntag die Neuwahlen zum Landtag auf Grund des demokratischen Wahlrechts statt. Nach den vorläufigen Ermittlungen — das endgültige Resultat steht noch nicht fest — erhielt die Sozialdemokratische Reichspartei 44 110, die Unabhängige Sozialdemokratie (im Braunschweig Regierungsparlei) 42 750, der reaktionäre Landeshauptverband 43 560 und die Demokratische Volkspartei 38 120 Stimmen. Bisher rechen 66 850 sozialdemokratischen Stimmen 81 700 Bürgerliche gegenüber. In der Stadt Braunschweig erhielten die Unabhängigen 23 000, die Reichspartei 15 480, der Landeshauptverband 15 000 und die bürgerlichen Demokraten 18 900 Stimmen.

Nach dem bisherigen Resultat ist auf eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtag zu rechnen. Die sozialdemokratische Reichspartei dürfte die stärkste Partei im neuen Landtag werden.

Unterstaatssekretär Genosse Dr. David ist aus Wiesbaden wo er krank darniederlag, zurückgekehrt und hat seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt wieder aufgenommen.

### Was geht in Italien vor?

**Wichtige Heimreise der Staatsmänner von Paris.**

Im italienischen Ministerium ist infolge des Rücktritts des Minister der öffentlichen Arbeiten eine Krise ausgebrochen, welche Orlando zur Rückkehr aus Paris veranlaßt hat. Laut Tribuna demissionierten auch Kriegsminister Sypelli, Handelsminister Ciuffelli und Postminister Pera. Ueber die Ursachen der Krise geben die Blätter keine Andeutung und es ist zu vermuten, daß in den inneren Verhältnissen Italiens ernste Schwierigkeiten eingetreten sind, bezüglich deren Lösung Unstimmigkeiten herrschen.

Der römische Mitarbeiter der Neuen Züricher Zeitung bestätigt in einem Telegramm an sein Blatt, daß man von einer revolutionären Bewegung in Italien sprechen kann. Die Demobilisierung in Italien sei mit ungleich größeren Schwierigkeiten verbunden als in Frankreich und England.

### „Morgen gehen wir an die Weihnachts- sachen.“

**Szige von L. H. Thomas.**

Mutter, müßt du denn fort?  
„Ja, Friedchen, du machst deine Schulaufgaben, dann schliefst du hübsch ab und gehst gleich ins Bett, hörst du? Ich komme zeitig wieder heim.“  
„Mußt du wirklich fort, Weiß doch zu Hause, wir wollen Weihnachts- sachen machen.“  
„Nein, es geht nicht. Es ist heute Frauenversammlung, da will ich dabei sein, weißt du, ich will doch auch noch lernen, das geht jetzt vor.“  
„Kannst du denn nicht mitgehen?“  
„Dazu bist du noch ein wenig zu jung mit deinen 13 Jahren, aber in ein paar Jahren bist du auch soweit.“  
„Was wird denn in der Versammlung gemacht?“  
„Da spricht ein Redner über alles das, was wir wissen müssen. Siehst du, wir Frauen und die Mädchen dürfen doch jetzt wählen, da wollen wir gern erfahren, wer unsere Stimme verdient.“  
„Ach — — Frieda sah mit glänzenden Augen zur Mutter auf: „Weißt du, wen du wählst?“  
„O ja, trotzdem muß man sich genau erkundigen, wer uns Frauen am besten hilft.“  
„Kann denn dir überhaupt jemand helfen?“  
„Mir allein natürlich nicht. Vielleicht wirst du das noch nicht ganz verstehen. Aber hör mal zu: Wir haben doch so viel, was anders werden soll. Da ist zunächst die Erziehung der Kinder. Du siehst doch, wie ich dich gern in eine bessere Schule schicken möchte und doch kein Geld dazu habe. Das soll nun so werden, daß die armen Tuden und Mädels, die gern lernen, auch bis in die höchsten Schulen kommen, sogar studieren können, wenn sie fleißig sind. Sie sollen in der Schule essen und die Bücher bekommen.“  
„Aber, da, Mutter, das ist fein, da könnte ich ja auch wie Bötters Johanna ins Realgymnasium gehen.“  
„Das kennst du doch schon. Aber auch noch andere Dinge möchten wir Frauen, möchten in der Armen- und Waisenpflege mitwirken, in der Lebensmittellieferung oder in Steuer- sachen.“  
„Ja darfst du denn das?“  
„Jetzt ja, früher hatten wir gar nichts zu sagen und der Mann hat viel, aber nun haben wir doch einen anderen Staat.“  
„Die Frau, die heute spricht, weiß denn die das alles?“  
„Die spricht für die sozialdemokratische Partei, die will, daß überall mitreden.“  
„Wollen denn die anderen das nicht.“

„Na ja, die tun auch so, wenigstens jetzt, aber früher haben sie sich gar nicht um uns gekümmert, ob wir was zu sagen hatten oder nicht.“  
Währenddessen war die Nachbarin eingetreten, die mit in die Versammlung wollte und zum Abholen kam.  
„Na, da wird ja schon feste diskutiert, höre ich.“  
„Ja, Frieda ist begierig zu wissen, was in der Versammlung vorgeht, sie ist doch schon 13 Jahre, da meine ich, daß man ihr schon allerlei begreiflich machen kann.“  
„Ja, aber ob sie es so versteht. Ich finde mich in all dem Stram nicht durch.“  
„Das kommt darauf an, was und wie es den Kindern gesagt wird. Ein Mädel in dem Alter darf doch schon wissen, wie wir ganz andere Menschen erziehen und von der Mutter- sache an für die Erwerbstätigkeit der Frau bis in die Hauswirtschaft hinein mehr Verständnis für die vielen Dinge erwecken wollen, die mit Bevölkerungs- politik, höherem Menschenwert und großem Menschentum zusammenhängen.“  
„Wie Sie das nur alles so sagen können, Frau Ranke.“  
„Das kommt daher, weil ich seit Jahren eine vernünftige Zeitung im Haus habe, die mich dazu erzo-gen hat, auch über Renten- ökonomie, Mutter- und Kinderschutz, Frauenwesen und andere Dinge nachzudenken.“  
„Wollt ja, aber wir finden doch eigentlich dabei keine Befriedigung.“  
„Was, keine Befriedigung? Ja, gibt es denn für uns überhaupt etwas, das uns mehr befriedigen könnte, als mitzuwirken an Dingen, die uns, nur uns betreffen, an der Geburtenpolitik, Arbeiterinnen- löhne, an der Durchsinnung der nur verstandesgemäßen männlichen Kultur mit der Mütterlichkeit weiblicher Gedanken?“  
„Wenn man Sie so reden hört, da wird's einem wahrhaftig ganz warm.“  
„Denken Sie an die Härte der Ehegesetzgebung, wo nur der Mann, nur der Mann, an die Rechte gegenüber den Kindern, wo wieder nur der Mann zu Wort kommt, ja, muß es nicht jede Frau begeistern, einer Partei zu helfen, die uns herausführen will aus dem Druß!“  
„Ja, wenn's nur helfen würde.“  
„Dieses Mißtrauen an die Macht unserer Gedanken war bisher zu verstehen, aber jetzt haben wir einen neuen Staat, unsern Staat, da muß doch auch den Frauen neue Hoffnung kommen? Sie schimpfen doch jeden Tag über alles mögliche. Das schadet nichts, aber nützen tut es Ihnen leider sehr wenig, wenn Sie nicht mit helfen, daß wir die Hebel beseitigen.“  
„Wir Frauen schaffen's nicht, das ist meine Ansicht.“  
„Jetzt will ich mal was sagen: mit dumpfem Dahinbrüten sicher nicht, aber wenn wir, um nur eines herauszugreifen, zusammen-

wirken, daß die ewigen Schätze des Bodens, die großen Bodenschätze, die Wasserkräfte noch und noch aus uns zugute kommen, daß diese Werte, anstatt eine Privatkaße zu füllen, benutzt werden, um Heilanstalten zu bauen, gute Schulen zu bekommen, Erziehungs- losen zu betreuen, wirkliche Altersversorgung zu treiben und die Erde wohllich zu machen; wenn wir tüchtige Menschen heran- ziehen im neuen Staat, die unsere Ideen aufwachen, unsere Kultur um sich sehen, meinen Sie nicht, daß es dann besser werden muß?“  
„Bei Ihrer Begeisterung glaube ich daran, so kann nur jemand sprechen, der gang voll von der Durchführbarkeit seiner Ideen ist. Wir ist das alles freilich noch ein wenig unklar und wir.“  
„Es ist auch nicht so einfach, Frau Klugmann, wer sein Leben lang vor uns graulich gemacht worden ist mit „Teisen“ und „Religion abschaffen“ und anderem, der muß hart mit sich ringen. Aber kommen Sie mal jetzt mit in den Vortrag, was Ihnen die Rednerin sagen wird, dann sprechen wir miteinander.“  
An der Tür wandte sich Frau Ranke nochmals an ihre Tochter: „Frieda, du gehst dann zu Bett, geht? Deine Schularbeiten legt du auf den Tisch, ich sehe sie, wenn ich heimkomme, noch nach. Morgen gehen wir an die Weihnachts- sachen. Gute Nacht!“

### Notizen.

— Bislang strafrechtliche Professur geht an Prof. Dr. Eduard Kahlstrass-Strahburg über, der den Ruf an die Universität Berlin angenommen hat.  
— Friedrich Kahlner und Helene Fehdmer ver- anstalten am 2. Januar im Westhofen- Saal einen Märchenabend. Das Programm umfaßt Märchen von Grimm, Rüchens, Andersen und Norwegische Märchen.  
— Arno Holz' Kiepepiep, das Gedicht aus der „Wies- schämiede“, das den Berliner Einzug Wilhelms II. nach der Jeru- salemfahrt satirisiert (es wurde im „Vorwärts“ am 14. Dezember veröffentlicht), ist von Kell anger neu! hin der Berliner Se- gession öffentlich vorgetragen worden. In privaten literarischen Kreisen hat die Künstlerin ihr Publikum bereits öfter mit dem Spottgedicht belustigt. Ueber diesen Kreis hinauszu- gehen, war natürlich der Genus wegen bisher nicht möglich.  
— Vorträge. Im Wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in der Festwoche der Vortrag von Franz Goethe „Die Schönheit der deutschen Landschaft“, der mit wunderbar plastischen, farbigen Bildern ausgestattet ist, zur Darstellung. Außerdem finden Nachmittags Wiederholungen des mit kinematographischen Vorfüh- rungen ausgestatteten Vortrags „Winter in der Schweiz“ statt. Am Dienstag bleibt das Institut geschlossen. Am Mittwoch wiederholt am Freitag Professor Dr. Donath seinen Experimentalvortrag über „Radium“ noch einmal.  
— Musik. Am 28. Dezember in der Singakademie Kammer- musikkabell des Klingler- Quartetts außer Abonnement: G-dur- Sextett von Brahms und Oskel F-dur von Schubert. —



# Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Im Germaniaaal in der Chausseestraße wurde heute vormittag um 10 1/2 Uhr eine Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über den Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der erste Berichterstatter ist Palzahn (Unabhängiger). Er sagte, der Kongress habe aus einem politisch bunt zusammen-gewürfelten Publikum bestanden. Die Mitteilung des Redners, daß der Kongress die Zulassung von Liebknecht und Rosa Luxemburg abgelehnt habe, wurde aus der Versammlung einerseits mit „Pfeif“, andererseits mit „Bravo“-Rufen beantwortet. Das Erscheinen der Soldatenrepräsentation im Kongressaal bezeichnete der Redner als ein erhebendes Schauspiel. Die Unabhängigen ständen grundsätzlich auf der Forderung des Rätesystems. Der Antrag Lüdemann habe es den Unabhängigen unmöglich gemacht, in den Zentralrat einzutreten, der ja nach Annahme des Antrages Lüdemann nur eine Delegation sei. Die im Kongressaal erschienenen Arbeiterdeputationen seien von der Mehrheit verhöhnt worden. Dagegen müsse protestiert werden, daß eine Vertretung von 250 000 Arbeitern (lebhaftes Unruhe, Rufe: „Da müßt ihr ein paar Ruten weglassen!“), so behandelt worden sei. Der Redner schloß: Mag die Mehrheit auch einen zweifelhaften Sieg errungen haben. Wir halten fest an den sozialistischen Zielen, während die sozialdemokratische Mehrheitspartei ihre Politik auf ihren bürgerlichen Anhängern einstellen muß. Mögen sie es tun, wir werden unseren Weg weiter gehen. Uns, den Unabhängigen, gehört die sozialistische Zukunft. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Otto Frank gab den Bericht als Delegierter und Mitglied der S. P. D. Er sagte, wir haben den Willen, dem Sozialismus und der Demokratie zum Siege zu verhelfen. (Beifall und Widerspruch.) Daran lassen wir uns durch lärmende Rundreden der anderen Seite nicht hindern. Der Kongress hat wertvolle Arbeit geleistet zur Festigung der revolutionären Errungenschaften. Es waren gerade Unabhängige, die es verhinderten, daß mit der Zulassung von Rosa Luxemburg eine Ausnahme gemacht wurde. Es ist auch parlamentarisch unzulässig, auf einem Kongress Teilnehmer zuzulassen, die nicht ordnungsmäßig gewählt worden sind. Es ist behauptet worden, die Revolution sei von den Sporthausleuten und den Unabhängigen gemacht. (Sehr wahr!) Nein, nach materialistischer Geschichtsauffassung können Revolutionen nicht gemacht werden. Sie brechen aus, wenn die Grundlage dafür gegeben, wenn die Zeit dafür reif ist. Die intensive Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratischen Partei hat doch sehr wesentlich dazu beigetragen, daß der Boden reif wurde für die Revolution. — Das Findigen der Deputationen in den Kongressaal war kein erhebendes Schauspiel, sondern eine durchaus unzulässige Verfälschung, die von außen auf den Kongress ausgeübt werden sollte. (Beifall.) Die Angabe des Vorredners, die Unabhängigen hätten auf dem Boden des Rätesystems, deckt sich nicht mit der Haltung der Berliner Generalversammlung der Unabhängigen, die sich für die Nationalversammlung ausgesprochen hat. Unter lebhaften Beifallstundgebungen betonte der Redner, daß unsere Partei für Demokratie und gleiches Recht ist. — Daß die Unabhängigen sich nicht am Zentralrat beteiligen, bebauern wir, es war unsere Absicht, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Daß es anders gekommen ist, ist nicht unsere Schuld. Zum Schluß betonte der Redner unter lebhaftem Beifall, daß ein Zusammenarbeiten aller Sozialdemokraten ohne Unterschied der Richtung notwendig ist.

Als Vertreter der Demokratischen Partei sprach Lehrer Flügel. Er äußerte sich anerkennend über die Annahme des Antrages Lüdemann, der die Abgrenzung der Befugnisse der Regierung und des Parlamentes in durchaus zweckmäßiger Weise regelt. Für die Nationalversammlung sei die Demokratische Partei auch der Überzeugung, daß wir ohne sie nicht zum Abschluß eines Friedens kommen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Beamtenverbände — politisch neutral!

Zu einer Aussprache über das Thema: „Fachverein, Gewerkschaft und politische Partei“ hatte der Werbeausschuß für Beamte der S. P. D. die Vorstände aller Beamtenvereinigungen und -verbände am Sonnabend, 21., ins Jugendheim geladen. Einleitend sprach der Leiter der Versammlung, Genosse Dr. Lohmann, den Dank des Werbeausschusses dafür aus, daß alle Geladenen dem Wunsche der sozialdemokratischen Beamten nach einer klärenden Aussprache vollständig Folge geleistet hätten. Er wies auf die Verantwortung hin, die sich unter den Parteigenossen durch bestimmte Anzeichen einer einseitigen politischen Stellungnahme bemerkbar gemacht hätten, und erklärte, daß eine parteipolitische Tätigkeit der Verbände notwendig zu deren sofortiger Sprengung führen würde und müßte.

Genosse Dittmer legte diese Gründe im einzelnen dar, er betonte, daß die politische Neutralität der auf alter Grundlage aufgebauten Verbände nur bei allergrößter Vorsicht der Funktionäre zu erreichen sei, die bisher nicht immer angewandt sei. In der folgenden Aussprache traten alle Vorstandsmitglieder der verschiedenen Verbände für unbedingt politische Neutralität der gewerkschaftlichen Verbände ein. Das Ergebnis der Aussprache sah Genosse Dittmer am Schluß der ausgedehnten Diskussion, an der sich über 90 Redner beteiligten, in folgenden Punkten zusammen:

Die Vorstände erklären, 1. daß sie und ihre Verbände unbedingt parteipolitische Neutralität wahren wollen; 2. daß etwa bestehende Wahlfonds u. dgl. streng neutral für Kandidaten aller Parteien verwandt werden sollen; 3. daß bei Wahlaufrufen für politische Parteien u. dgl. die Verbandszugehörigkeit der Vorstandsmitglieder nicht in Betracht zu kommen darf.

Eine Zusicherung, die sog. Wahlfonds überhaupt zu beseitigen, war leider nicht von allen Verbänden zu erreichen, und es besteht immerhin die Möglichkeit, daß hier der Keim für kommende Verwicklungen liegt. Einweisen aber haben die sozialdemokratischen Beamten Grund, sich über das Ergebnis dieser Aussprache aufrecht zu freuen: sie können unbeschadet ihrer politischen Überzeugung im Rahmen der gewerkschaftlichen Beamtenverbände mitarbeiten, und sie haben nun ihrerseits darüber zu machen, daß die zugesicherte unbedingte Neutralität in keinem Falle verletzt wird. Zeigte doch auch diese Versammlung wieder, einen wie breiten Boden die Sozialdemokratie bereits unter allen Beamtenkategorien gewonnen hat.

### Zum drohenden Keilnerstreik

wird uns von beteiligter Seite geschrieben:  
Wenn die Keilner und sämtliche Hotel- und Restaurantangestellten der schlechten Besatzung (20 M. monatlich), der Ausbeutung und dem Raubbau, der mit ihrer Gesundheit von den Arbeitgebern getrieben wurde, jetzt entgegenzutreten, so ist dies nicht nur berechtigt. Die große Masse des Publikums kann sich gar keinen Begriff machen, unter welchen ungesunden Umständen die Gastwirtschaftsangehörigen bei schlechter Bezahlung zu arbeiten haben. 14—16 Stunden ist die Norm; alle 14 Tage haben wir einmal 24 Stunden frei. In diesem einen Tage ist es nicht möglich, alle die Gänge zu erledigen, zu welchen man in sanitärer und hygienischer Hinsicht seinem Körper gegenüber verpflichtet ist, geschweige einmal ein Konzert oder Theater zu besuchen (da schläft man nämlich ein). Das Küchenpersonal arbeitet meistens bei 40—54 Grad

Höhe für ein Stundenlohn von 70 Pf. höchstens (Nöche), während das Küchpersonal für 10—20 Pf. die Stunde arbeiten muß. Die Bezahlung der Keilner ist geradezu elend. Das gleiche gilt vom Hotelpersonal. Wenn ein Hotelgast abreist, muß es wie die Domestiken in Reich und Glied stehen und die Hand aufhalten. Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Daß es natürlich einigen Keilnern nicht ganz angenehm ist, auf ihr vielleicht jetzt größeres Einkommen durch Erntegeld zu verzichten, ist zu verstehen; man denke an Stammsoldat oder Oberkellner, die besonders protegiert werden. Darunter darf aber nicht die große Masse der Angestellten leiden. Wir stellen nur eine gerechte Forderung und wir sind gewiß, die höchste Sympathie des Publikums in dieser Hinsicht zu besitzen, das wir bitten, uns Angestellten in unserem Kampf zu unterstützen.

### Die Expeditionen in Berlin

haben in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, heute, Montag, in den Streik zu treten. Die von der Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, mit dem Lokalverein Berliner Spediture geführten Verhandlungen über die Zahlung einer einmaligen Entschädigungssumme sind nach sechsständiger Verhandlung gescheitert. Die Arbeitgeberorganisation wollte nur für einige Firmen den vierten Teil der Forderungen bewilligen. Für die Mehrzahl der Firmen verlangte sie, daß in den Betrieben zwischen Angestellten und Firmenleitung verhandelt werden soll. Den Angestellten lag aber daran, vor Weihnachten Geld zu erhalten. Die Bezahlung der Angestellten in den Spediturbetrieben war schon vor dem Kriege völlig ungenügend. Die Löhne der Beamten sind noch nicht einmal um 50 Proz. im Kriege gestiegen, während die der Arbeiter um 175 Proz. erhöht wurden, was durchaus den heutigen Verhältnissen entspricht. Die Folge davon war eine völlige Verschuldung der Angestellten. Demgegenüber haben die Spediture durch ihre Konvention es verstanden, ihre Profite dauernd zu steigern. Die Kollgelder sind um 400 bis 500 Proz. erhöht worden. An der Transportversicherung, die obligatorisch durchgeführt wird, haben die Spediture noch ganz erhebliche besondere Profite gemacht. Trotz alledem war es nicht möglich, die bescheidenen Forderungen der Angestellten zur Anerkennung zu bringen. Am Donnerstag hatte sich der Unternehmerverein gewweigert, überhaupt zu verhandeln, und war drauf und dran, mit einer gelben Organisation die Gewerkschaft der Angestellten an die Wand zu drücken. Darauf hatten die Angestellten bereits am Freitag früh mit einem Teilstreik geantwortet. Nunmehr erklärten sich die Unternehmer bereit, mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen zu verhandeln. Ihre neue Forderung geht darauf aus, die ganze Sache bis nach Weihnachten zu verschleppen. Wir bebauern nur, daß die Unternehmer im Spediturgewerbe es gerade in der jetzigen Zeit dazu kommen lassen.

### Zwischen der Firma A. Warmuth und dem Berliner Transportverein „Hansa“ einerseits und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen andererseits wurde am Sonnabendabend eine Einigung erzielt. Die Forderungen wurden bewilligt.

### Die Versicherungsangestellten streiken nicht.

Da die Unternehmer dank der Entschlossenheit und Einmütigkeit der Angestellten nachgeben haben und die geforderte Entschädigungssumme zahlen werden, konnte vom Streik abgesehen werden. Es dürften jedoch da, wo bereits höhere Beträge bewilligt sind, keine Abstriche erfolgen.

### Die Einkassierer der „Victoria“.

Eine Versammlung aller im Transportarbeiterverband organisierten Einkassierer und Einnehmerinnen der „Victoria“ hatte am 12. Dezember eine Kommission beauftragt, mit der Direktion in Verhandlung zu treten. Die Forderungen betr. einmalige Gewährung der Entschädigungssummen und Erhöhung der Gehälter nach vor Weihnachten, wurden am 17. Dezember der Direktion unterbreitet. Eine Einigung kam nicht zustande, da der Generaldirektor Herr Dr. Ueß die geforderte einmalige Teuerungszulage erst im Dezember und die Gehaltserhöhung im Januar in Erwägung ziehen wollte. Zur Entgegennahme des Berichts über das Ergebnis der gepflogenen Verhandlungen berief die Kommission zum letzten Sonnabend wieder die Einkassierer nach Wilkes Festhallen. Diese Versammlung war so stark besucht, daß der Raum bei weitem nicht ausreichte. Mit großer Entrüstung nahm man von dem Verhalten der Direktion Kenntnis und beauftragte einstimmig den Transportarbeiterverband, mit der Kommission verhandelt, am Montag, den 23. Dezember, die Forderungen der Direktion nochmals zu unterbreiten. Das Resultat der Verhandlungen wird am selben Tage, abends 6 Uhr, in Wilkes Festhallen, Sebastianstr. 39, bekanntgegeben. Die Obmänner der Einkassierer aller anderen Versicherungsgesellschaften sind dazu eingeladen.

### Zum Vergarbeiterausstand.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung berichtet: Die Kohlenverteilung in Oberschlesien ist noch andauernd gering. Am 21. Dezember wurden 2508 Eisenbahnwagen versandt (gegen normal etwa 12 000). Der Streik ist entgegen anderslautenden Nachrichten nicht beendet. Es streiken Völk, Eshlingo und Hedwigswunsch, zum Teil Freijunggrube, Paulusgrube und Bringen-grube. Auch im rheinisch-westfälischen Bergbaurevier ist der Kohlenverkehr noch andauernd gering. Am 21. Dezember wurden 15 118 Eisenbahnwagen verladen (gegen normal etwa 25 000). Der Streik dauert weiter auf der Heide Deutscher Hofer. Auf der Heide Keumühl streikt etwa die Hälfte der Belegschaft. Seit einigen Tagen macht sich Mangel an Eisenbahnwagen zur Kohlenverteilung bemerkbar.

## Groß-Berlin

### Grabsprüche.

Hier unter diesem Lannenbaum liegt ein alldeutscher Weltmachtstraum. Er starb an einem großen Loch. Graf Redentlow lebt heute noch.

Hier unter dieser deutschen Eiche liegt eine schöne Vraienleiche. Wohl ihr, daß sie zu Kreuze froh — Herr Müller lebet heute noch.

Hier ruhet neben seinem Himmel des deutschen Spießers Ordnungsschimmel. Zwar tut er so, als ob — jedoch, seid auf der Hut! Sei i ewet noch!

Pauken.

Eine öffentliche Jugendversammlung fand gestern mittag 12 Uhr im großen Saale der Philharmonie statt. Die Versammlung war einberufen vom Arbeitsbund für das neue Deutschland und von Jugendlichen aller Richtungen besucht.

Prof. Wilbrandt sprach über den Neuaufbau des Reiches. Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen habe, gälte es jetzt nicht zu diskutieren, sondern zu handeln.

Infer Ziel sei: Durchkommen! Das Proletariat habe heute die Macht und könne das Wort verwirklichen: Alle Kader stehen still, wenn dein starker Arm es will. Aber nicht allein der starke Arm darf es wollen, sondern dem Willen muß die Einsicht, der Verstand zugrunde liegen. Die Arbeiter sollen am Betrieb interessiert werden, indem er in ihr Eigentum übergeht. Nicht Verantwortlichkeit sei die Lösung, sondern Gemeineigentum der Schaffenden im Betriebe. Nur dadurch könne die Produktion wieder in Gang kommen und gesteigert werden.

Sodann sprach der Direktor des städtischen Jugendamts, Dr. Sigmund Schulze. Er priess das Glaubensbekenntnis, das er einmal bei amerikanischen Arbeitern gefunden habe: Wir erwarten von den Unternehmern, daß sie unser Bestes wollen, dafür wollen wir das Beste der Unternehmer. Im übrigen redete er einem besseren gegenseitigen Verständnis der verschiedenen Bevölkerungsklassen das Wort.

In der Diskussion stellten die Vertreter der Arbeiterjugend ihre Forderungen auf und betonten die Gegensätze zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Jugend, während die Vertreter der bürgerlichen Jugend von diesen Gegensätzen nichts wissen wollten, sondern betonten, für sie gäbe es nur eine Jugend. Auf die eigentlichen Jugendfragen gingen sie gar nicht ein, so daß es eine Jugendversammlung war, die sich mit der Jugend und der Stellung der Jugend im neuen Staate überhaupt nicht beschäftigte.

Ein blutiger Zusammenstoß mit Einbrechern, bei dem eine Person getötet und drei verwundet wurden, ereignete sich gestern abend in der Kollischstraße 18. Dort nahm die Schankwirtin Frau Böhm wahr, daß Einbrecher in ihrer hinter den Eckenträumen gelegenen Wohnung im Erdgeschoß bei der „Arbeit“ waren. Sie schlug Alarm, und der Erste, der sich anschickte, den Verbrechern zu Leibe zu gehen, war der 21 Jahre alte Moskambauer Karl Strafe, der gerade nach Hause kam. Im Begriff, ihnen den Ausgang abzuschneiden, befand er sich noch auf dem Hofe, als die Einbrecher begannen, sich mit Schutzwaffen den Weg freizuhalten. Die erste Kugel traf sofort den jungen Strafe so schwer, daß er tot zusammenbrach. Gleich darauf fielen noch vier Schüsse. Einer traf Frau Böhm in die Brust. Auch sie wurde schwer verletzt, konnte aber zu Hause in ärztlicher Behandlung bleiben. Mit leichteren Verletzungen kamen die Schwäger und ein Soldat ab. Der Hausbewohner den Verletzten beibringen konnten, entlamen die unbekannten Verbrecher.

Unter der Aufsicht von zwei Sicherheitsbeamten „arbeitete“ eine 10köpfige Einbrecherbande, die von der Kriminalpolizei bei der Verteilung der Beute überrascht und festgenommen werden konnte. Beamte hatten in Erfahrung gebracht, daß in einem Hause in der Mulackstraße eine Einbrecherbande von 10 Personen zusammengekommen war, um die bei einem großen Einbruch erbeutete Beute unter ihre Mitglieder zu verteilen. Sie nahen die ganze Gesellschaft, darunter die schon wiederholt wegen Einbrüche vorbestraften Verbrecher Schumm, Sobel und Wanda fest und beschlagnahmte das gestohlene Gut. Es stellte sich heraus, daß dieses Perren- und Damenwäsche, Stiefel, Handschuhe, Strümpfe usw. im Gesamtwerte von über 30 000 M. aus einem Einbruch in ein Wäschegeschäft in der Kaiser-Wilhelm-Straße herrührte. Die Einbrecher waren dort durch einen Kollbörzung, den sie gerichtlich, in die Geschäftsräume eingebrungen, hatten eine Warenabladung Weinstühle zunächst nach der Wohnung einer Geliebten in der Mulackstraße gebracht und sich dann sofort wieder nach dem Geschäft begaben, um den Rest zu holen. Jetzt stehen sie auf zwei Kairofen vom Sicherheitsdienst, die mit Bewehr bemannet vor der Tür standen. Ein Mitglied der Einbrecherbande, ebenfalls ein Kairofe, machte sich an die beiden Kameraden vom Sicherheitsdienst heran und wachte sie gegen Beteiligung an der Beute zu bewegen, von einer Teilnahme abgesehen. Auch die beiden Kairofen wurden jetzt festgenommen und sofort ihres Amtes entsetzt. Von der Einbrecherbande wurden fünf sogleich dem Untersuchungsrichter vorgeführt, gegen die übrigen wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Die Akademische Kriegshilfskasse (Hilfskasse der vereinigten Berliner Künstlerkassen) wird ihre Hilfskasse jetzt den aus dem Felde heimkehrenden Künstlern ausgeben, um ihnen über die Not der Überwachungszeit hinwegzuhelfen. Die Geschäftsstelle der Kasse ist wie bisher bei der Akademie der Künste, Pariser Platz 4. Dort ist von derselben Organisation auch eine Kunststiftung für bildende Künstler und Musiker eingerichtet.

Lichtenberg. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich nach der Bekanntgabe der Beschlüsse des Oberbürgermeisters durch die preussische Regierung mit der bereits behandelten Teuerungszulage für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Es wurden eine Anzahl Anträge gestellt, dahingehend, die Zulage in voller Höhe der früheren zu gewähren. Die Genossen John und Wirus begründeten nochmals die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktionen zu dieser Frage. Direktor Tremus tritt für die städtischen Arbeiter ein, die er für verständlich genug hält, daß sie nicht durch Arbeitslosigkeit eine Katastrophe herbeiführen. Die Anträge werden abgelehnt, so daß es bei der Zulage von 50 Proz. verbleibt. Die sozialdemokratischen Fraktionen haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, für besondere Unterstützungen der entlassenen Kriegsteilnehmer, der Kriegbeschädigten und Kriegerpilwen. Der Antrag wird nach kurzer Verhandlung durch den Genossen John einstimmig angenommen. Die Erledigung der eingehenden Anträge wird der Kriegsunterstützungskommission übertragen.

Tanzow. Lebensmittel. Von heute ab gelangen auf Abschnitt 9 Delfardienen, Sardinien und Kräuterheringe in den bekannten Geschäften zur Ausgabe. Auf Abschnitt 6 125 Stamm ausländischer Weichläse.

## Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Neuföhn. Nachdem die von den Unabhängigen am Dienstag mit der Tagesordnung „Der Völkerversuch in Neuföhn“ einberufenen Versammlungen so schlecht besucht waren, daß sie kaum tagen konnten, sind die Vertreter dieser Organisation wohl zu der Auffassung gekommen, daß sie mit ihren Versammlungen keine große Agitationskraft auf die indifferente Bevölkerung mehr ausüben können. Sie hatten deshalb zu gestern eine andere Taktik eingeschlagen. Schon um 9 Uhr hatten sie ihre Anhänger durch Lautsprecher auf die von der Sozialdemokratischen Partei zu 12 Uhr einberufenen 6 Versammlungen, von denen zwei Beamtenversammlungen waren, bezirkweise verteilt. Infolge dieses Vorgehens, das halb bekannt wurde, hat sich der größte Teil unserer Anhänger, des ewigen Parteifraßes über, überhaupt den Versammlungen ferngehalten, so daß einige Versammlungen gar nicht stattfinden konnten und andere nur äußerst dürftig besucht waren. Nur die beiden Beamtenversammlungen erfreuten sich größeren Zuspruchs, trotzdem die Demokraten die Parole ausgeben hatten, sich nicht an den Versammlungen zu beteiligen. Aber auch in diesen Versammlungen, in denen ihrem Charakter nach nur einige Parteigenossen anwesend waren, brochen die Vertreter der Unabhängigen wieder den ganzen Streik vom Haun. Sie schürten sich dem Wahn hinzugeben, daß sie dadurch dem Sozialismus näher, in Wirklichkeit haben sie aber nur für die bürgerlichen Demokraten gearbeitet. Große Teile der Beamenschaft verließen denn auch frühzeitig bis um 1/2 12 Uhr tagenden Versammlungen. Zuletzt blieben nur noch Unabhängige übrig, denen es dann ein Leichtes war, eine in ihrem Sinne gehaltene Resolution anzunehmen. Sie stellten dem A. und S. Rat, den sie am Mittwoch selbst nach Hause geschickt hatten, ein besonderes Vertrauensvotum aus.



